

C011-Ä001: Klima, Energie, Mobilität - Den Wandel gerecht gestalten

Änderungsantrag zu Antrag: C011 Laufende Nummer: 104

Antragsteller_in: DGB-Bundesvorstand

Empfehlung der ABK: Annahme

Sachgebiet: C - Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat

Klima, Energie, Mobilität - Den Wandel gerecht gestalten

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

1 Ersetze in Zeile 81-108:

- 2 In den vergangenen Jahren wurden Klimaschutzziele auf internationaler, europäischer und nationaler
- 3 Ebene verabschiedet:
- 4 Mit dem Klimaabkommen von Paris hat sich die Menschheit dazu verpflichtet, den globalen
- 5 Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen.
- In Elmau haben die Staaten der G7 das Ziel des vollständigen Abbaus von CO2-Emmissionen bis zum Ende
- 7 des Jahrhunderts verabschiedet.
- 8 Die EU hat sich Klima-Ziele für 2030 gesetzt. Das Ziel der EU ist es, bis 2030 den CO2-Ausstoß um 40
- 9 Prozent zu senken.
- Mit dem Klimaschutzplan 2050 hat die deutsche Bundesregierung weiter konkretisiert, wie die
- 11 Klimaziele der Bundesregierung erreicht werden könnten.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen diese Zielarchitektur. Aus Sicht des DGB
- stellt der Klimaschutzplan eine sinnvolle Grundlage dar, anhand derer der Weg in eine
- 14 kohlenstoffarme Wirtschaft diskutiert werden kann. die Klimaschutzziele von Paris. Die im Jahr 2016
- 15 sehr kontrovers geführte Debatte über den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung hat allerdings
- gezeigt, dass die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse über Prioritäten und Abhängigkeitspfade
- erst am Anfang stehen. Besonders deutlich wurde dies an den im Klimaschutzplan enthaltenen Zielen
- zur CO2-Reduktion für die einzelnen Sektoren bis zum Jahr 2030. Das Zeitfenster wird immer kleiner.
- 19 Je konkreter die Umbauprozesse werden, umso mehr Zielkonflikte treten auf, für deren Bearbeitung es
- 20 bisher noch zu wenig adäquate Instrumente gibt. Sie erfordern in jedem Falleine breite Einbindung
- aller Stakeholder und eine fachliche Beratung und Folgenabschätzung der notwendigen Maßnahmen. Wir
- Gewerkschaften werden uns in diesem Sinne in die Arbeit der geplanten Kommission "Wachstum,
- 23 Strukturwandel und Beschäftigung" sachlich und konstruktiv einbringen.